



gfs.bern
Konsultation KOBE
Effingerstrasse 14
3011 Bern

Bern, 10. Juli 2020

Konsultation zu Kooperation Bern 2020 Antwort des Grünen Bündnis

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Grüne Bündnis (GB) befürwortet weiterhin, dass Überlegungen und Abklärungen im Hinblick auf eine enge Zusammenarbeit der Stadt Bern mit den umliegenden Gemeinden und im speziellen im Hinblick auf eine Gemeindefusion zwischen Bern und Ostermundigen vorgenommen werden. Trotz dem Vorliegen der Machbarkeitsstudie sind für uns jedoch grundsätzliche Fragen ungeklärt. Eine Meinungsäusserung zu Vor- und Nachteilen einer Fusion auf der Ebene, wie sie in der Konsultations-Umfrage vorgesehen ist, scheint uns deshalb schwierig. Für das abwägende Denken in Vor- und Nachteilen stehen uns aktuell zwar einige Informationen zu den möglichen Varianten zur Verfügung, aber je nach gewählter Variante resultieren andere Vor- und Nachteile. Seit dem Start der Arbeiten zu "Kooperation Bern" haben sich zudem wichtige grundlegende Eckwerte stark verschoben.

Das GB möchte deshalb anregen, die Arbeiten am Projekt wie folgt zu justieren und über den Projektablauf und die Projektorganisation transparenter zu informieren:

Prozessdesign und Timeline überprüfen

Die vorliegende erste Machbarkeitsstudie beantwortet naturgemäss nur erste Fragen und geht nicht ins Detail. Wir gehen davon aus, dass vor der Volksabstimmung weitere Abklärungen, Analysen und Konkretisierungen vorgenommen werden. Mit der aktuell laufenden "Konsultation" sollen offenbar frühzeitig die Chancen einer Gemeindefusion bei der Bevölkerung und den Institutionen abgetastet werden. Da heute niemand weiss, welches Set von Varianten am Schluss im Fusionsvertrag vorgeschlagen wird, stellt sich die Frage, wie die Umfrage-Ergebnisse gewichtet und interpretiert werden sollen.

Wir erhoffen uns von den weiteren Projektarbeiten, dass sie belastbare Entscheidungsgrundlagen liefern und den Variantenfelder konkretisieren und schliessen. Auf dieser Basis kann dann die Meinungsbildung in der Politik und in der Öffentlichkeit wirklich erfolgen. Anschliessend braucht es eine Phase der Diskussion und eine echte Vernehmlassung, in der alle Beteiligten auch inhaltlich mitdenken und sich einbringen



können. Dieses in der Schweiz bewährte Vorgehen wäre speziell bei einem so komplexen Projekt umso nötiger. Die Politik und die Bevölkerung der beiden Gemeinden Bern und Ostermundigen sind auch fähig dazu. Ein einzig auf der Ebene Exekutive/Verwaltung ausgehandelter Vertrag, an dem später politisch keine inhaltlichen Veränderungen mehr vorgenommen werden können, auch nicht in den Parlamenten, ist einem solchen Projekt nicht angemessen. Das GB wünscht sich deshalb einen transparenten und frühzeitigen Einbezug der politischen Parteien und der Betroffenen auch auf inhaltlicher Ebene. Beispielsweise in Form einer Begleitgruppe wie in Ostermundigen.

Deshalb, und auch wegen der Corona-Zäsur, sehen wir es je länger je unrealistischer, eine Fusion auf 2024 umzusetzen. Dafür müssten ja bereits Jahre vorher auf allen Ebenen sehr konkrete Vorbereitungen aufgenommen werden. Dies z. B. schon nur um gemeinsame Wahlen vorzubereiten. Hier sind ja nicht nur die Verwaltungen gefragt, sondern auch die Parteien und Institutionen.

Es scheint uns aufgrund der aktuellen grossen Unsicherheit (Stadtfinanzen und Corona) und unter dem gebotenen Zeitdruck heikel, solch weitreichenden Entscheide zu treffen. Das GB unterstützt hingegen weitergehende Projektarbeiten zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen.

Finanzpolitische Zukunftsaussichten neu analysieren

Die finanzpolitischen Eckwerte haben sich in den letzten Monaten massiv verändert. Die Herausforderungen wurden potenziert. Im Hinblick auf das Fusionsprojekt braucht es deshalb eine neue finanzpolitische Analyse, die auch die Steuereinbrüche vor und wegen der Corona-Krise und die aus der Krise entstandenen zusätzlichen Ausgaben einbezieht. Die heute vorliegende finanzpolitische Analyse ist als Grundlage für so weitreichende Entscheide wie eine Gemeindefusion nicht belastbar. Es ist unklar, welche Risiken die fusionierenden Gemeinden auf sich nehmen. "No Risk, no fun" scheint uns in der aktuellen Finanzsituation nicht die richtige Haltung zu sein.

Um die finanziellen Folgen einer Fusion beurteilen zu können, müssten die zusätzlichen Kosten des Zusammenwachsens transparent beziffert werden. Weiter wäre wichtig zu wissen, welche finanziellen Risiken und Verpflichtungen die beteiligten Gemeinden aufweisen. Auch die Investitionsplanung zur Sanierung und Optimierung der Infrastruktur muss im Hinblick auf die Schuldsituation und Nachhaltigkeit in den beteiligten Gemeinden kritisch analysiert und prospektiv geplant werden.

Inhaltliche Rückmeldungen

Im Rahmen des Fusionsprojektes sollten wichtige Weiterentwicklungen des städtischen demokratischen Systems geprüft werden, die sich auch unabhängig von einer Fusion längerfristig stellen. Wir listen an dieser Stelle nur einige auf:

Burgergemeinde fusionieren: Das GB würde es begrüssen, wenn die Burgergemeinde sich der geplanten Gemeindefusion anschliessen würde. Zu prüfen wäre deshalb, ob eine



gleichzeitige Fusion der Einwohnergemeinde mit der Burgergemeinde möglich und sinnvoll wäre.

Wahlmodus Exekutive: Beim Wahlmodus für die Exekutive sollten die Vor- und Nachteile eines Majorz-Wahlsystems gegenüber des aktuellen Proporz-Systems abgeklärt werden.

Wahl- und Zählkreise Legislative: Um die Einführung von Wahlkreisen pro Stadtteil zu legitimieren, müsste geklärt werden, welches System den Wähler_innen-Willen besser abbildet und was es für die kleineren Parteien bedeuten würde.

Politische Partizipation: Die Stärkung der Mitbestimmung und Partizipation der Stadtgebiete kann und sollte auch unabhängig einer Gemeindefusion vorangetrieben werden. Dazu braucht es eine transparente Analyse des Veränderungspotentials und der Risiken (unter Berücksichtigung der neuen Erfahrungen mit Netztechnologien).

Verwaltungsdienstleistungen: Zu den Möglichkeiten und Grenzen dezentraler Verwaltungsdienstleistungen sind weitere Überlegungen vorzunehmen (unter Einbezug eines Ausbaus beim e-Government).

Das Grüne Bündnis anerkennt, dass eine Gemeindefusion längerfristig einen gewissen Nutzen bringen kann, es möchte aber auch über die Risiken transparent informiert werden. Wir bieten unsere konstruktive Mitarbeit in den geeigneten Gremien auf allen Ebenen an.

Im Juli 2020